

## Handelsblatt

---

[Handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) vom 22.12.2023

Finanzen Banken + Versicherungen Banken  
Stellenabbau

### Deutsche Bank verspricht Kündigungsschutz bis Herbst 2024

**Bei den Verhandlungen über den Umbau der Privatkundensparte geht das Institut in einer wichtigen Frage auf die Gewerkschaften zu.**

Die Deutsche Bank will ihre Tochter Postbank tiefgreifend umbauen und fast jede zweite Filiale schließen. Welche Folgen das für die Beschäftigten der Privatkundensparte des Konzerns hat, ist unklar. Um Ruhe in die Gespräche zu bringen, geht die Bank nun in einem wichtigen Punkt auf die Gewerkschaften zu.

Denn das Institut hat sich mit den Gewerkschaften DBV und Verdi auf eine gemeinsame Grundlagvereinbarung geeinigt. "Für die Dauer der Verhandlungen verzichtet die Deutsche Bank einseitig auf den Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen, mindestens aber bis 30.09.2024", teilte die Gewerkschaft DBV am Donnerstag mit. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gab dies bekannt.

Dieser Kündigungsschutz gilt für das deutsche Privatkundengeschäft, nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Marke Postbank. Die Deutsche Bank bestätigte auf Anfrage die Einigung mit den Gewerkschaften. "Die Gespräche mit Verdi und der DBV sind vielversprechend verlaufen und geprägt von dem Ziel, die notwendige Transformation der Privatkundenbank in Deutschland gemeinsam zu gestalten", teilte ein Sprecher des Instituts mit. Die Bank begrüße daher die Vereinbarung im Vorgriff auf anstehende Verhandlungen zu einem Zukunftspaket, um die Strategie der Privatkundenbank Deutschland erfolgreich umzusetzen.

Der Privatkundenvorstand der Deutschen Bank, Claudio de Sanctis, hatte Ende Oktober angekündigt, 250 der noch 550 Postbank-Filialen bis 2026 zu schließen. Er gab außerdem das Ziel aus, die Postbank mittelfristig zu einer "Mobile First"-Bank zu entwickeln. Wie viele Arbeitsplätze dadurch überflüssig werden, hatte er nicht mitgeteilt.

**Lesen Sie hier:** Deutsche Bank beabsichtigt tiefe Einschnitte im Filialnetz der Postbank

Die Gewerkschaften forderten daraufhin postwendend eine Verlängerung des im Januar auslaufenden Kündigungsschutzes. Mit der befristeten Ausdehnung des Kündigungsschutzes geht die Bank nun zumindest teilweise auf diese Forderung ein. DBV-Schätzungen zufolge dürften etwa 8000 bis 9000 Beschäftigte von einem Kündigungsschutz profitieren.

"Wir begrüßen ausdrücklich den gestarteten, vielversprechenden sozialpartnerschaftlichen Dialog", sagte der DBV-Vorsitzende Stephan Szukalski. Die Gewerkschaft hofft, diese Zusage im Rahmen der Gespräche noch ausdehnen zu können. "Auch die Bereitschaft, mit uns über einen solchen Ausschluss, der zeitlich über die Verhandlungen hinausreicht, zu verhandeln, ist ein wichtiges Signal in die Belegschaft", sagte Szukalski deshalb.

"Nach den Irritationen im Herbst rund um die Verkündung der neuen Strategie sind wir nun wieder in konstruktiven Gesprächen. Uns ist es wichtig, die Transformation der Privatkundenbank aktiv mitzugestalten", sagte Jan Duscheck, Verdi-Bundesfachgruppenleiter für das Bankgewerbe. Verdi teilte mit, sich für einen Kündigungsschutz bis Ende 2028 einzusetzen.

Im Januar werden beide Seiten die Verhandlungen fortsetzen. Die Gewerkschaften DBV und Verdi hoffen auf eine Einigung bis Ende März. Mit zügigen Verhandlungen will die Gewerkschaft DBV "frühzeitig Sicherheit für die Beschäftigten" schaffen.

#### Postbank kämpft mit Service-Problemen

Die Gespräche finden in einer Phase großer Unruhe bei der Postbank statt. Nach einem organisatorisch misslungenen Datentransfer der Postbank-Kunden auf die IT-Systeme der Deutschen Bank hat das Institut noch immer mit Service-Problemen zu kämpfen. Nutzer konnten nicht mehr auf ihr Konto zugreifen, kamen nicht an ihr Geld und warteten monatelang auf dringend benötigte Dokumente für den Kauf eines Hauses.

Die Bank hat nach eigenen Angaben 800 zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt, um den Rückstau der Kundenaufträge abzarbeiten. Dennoch wird es dem Institut nicht gelingen, wie von Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing im September versprochen, alle Rückstände bis zum Jahresende 2023 abzarbeiten. Entsprechende Handelsblatt-Informationen hatte das Institut am Mittwoch bestätigt. Mittlerweile lässt der Aufsichtsrat die Probleme bei der Postbank durch den Wirtschaftsprüfer EY untersuchen.

**Mehr:** Kommentar: Der Kahlschlag bei der Postbank ist riskant.


**Erstpublikation:** 21.12.2023, 13:16 Uhr.

*Osman, Dennis*  
*Schwarz, Dennis*

<b>Quelle:</b>	<a href="https://www.handelsblatt.com">Handelsblatt.com</a> vom 22.12.2023
<b>Rubrik:</b>	Finanzen Banken + Versicherungen Banken
<b>Dokumentnummer:</b>	HB_100004141

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:** [https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON\\_HB\\_100004141](https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON_HB_100004141)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:  
[nutzungsrechte@handelsblattgroup.com](mailto:nutzungsrechte@handelsblattgroup.com)

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH